



LABEWO

**Landesarbeitsgemeinschaft
ambulant betreuter Wohngemeinschaften
Baden-Württemberg e.V.**

Gänsheidestraße 49, 70184 Stuttgart

Email: mail@labewo.de

Homepage: www.labewo.de

Ansprechpartner	Telefon	E-Mail-Anschrift	Datum
Clemens Wochner-Luikh	0176/42647722	mail@labewo.de	02.03.2023

Stellungnahme zum Referentenentwurf der Bundesregierung

(Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz – PUEG; Stand 20.2.23)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Verwunderung und Bestürzung haben wir den Referentenentwurf zur Kenntnis genommen. Statt die folgenschweren Auswirkungen der „Kleinen Pflegereform“ (GVWG) für ambulant betreute Wohngemeinschaften zu korrigieren und damit Wege für eine neue Pflegekultur zu bereiten, fließt weiterhin Geld in ein kollabierendes System, ohne nachhaltige Perspektiven für eine neue Pflegezukunft zu eröffnen.

Der Fokus der Reform wird in erster Linie auf die stationäre Pflege gelegt, obwohl dort gerade einmal 16 %¹ der Pflegebedürftigen betreut und versorgt werden. Hier werden nun die im GVWG beschlossenen Leistungszuschläge deutlich erhöht, ohne dass dadurch auch nur ein einziger weiterer Pflegeplatz geschaffen wird. Im Gegenteil, stationäre Einrichtungen werden weiterhin die Pforten schließen, weil der Personalmangel² bleiben und sich vor dem Hintergrund des demografischen und gesellschaftlichen Wandels verschärfen wird.

84% der Menschen mit Unterstützungsbedarf in der häuslichen Pflege erhalten nicht einmal den Inflationsausgleich, geschweige denn, dass Wege aufgezeigt werden, wie ambulante Unterstützungsnetzwerke gestärkt und die zunehmende Überlastungssituation von pflegenden Angehörigen abgemildert werden könnten. Es wird billigend in Kauf genommen, dass prekäre Zustände zunehmen, volkswirtschaftliche Schäden durch Arbeitsausfälle pflegender Angehöriger ansteigen und das Gesundheitssystem durch Fehleinweisungen in Krankenhäuser aufgrund kollabierender häuslicher Pflegesituationen zusätzlich finanziell belastet wird.

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, 2023

² Laut der Medizinjournalistin Silke Jäger ist dies einer der Hauptgründe, warum Pfleger und Schwestern den Job verlassen: nicht die physische Belastung oder die Unterbezahlung, sondern der Umstand, jeden Tag gegen die eigenen Wertesysteme handeln zu müssen und aus systemischen Gründen daran zu scheitern, die Menschen, die einem anvertraut wurden, zu schützen. Quelle: Spiegel

In der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“ heißt es:

Wir ergänzen das Sozialgesetzbuch XI (SGB XI) um innovative quaternah Wohnformen und ermöglichen deren Förderung gemeinsam mit Bund, Ländern und Kommunen. Bei der pflegerischen Versorgung vor Ort räumen wir den Kommunen im Rahmen der Versorgungsverträge verbindliche Mitgestaltungsmöglichkeiten ein.

Sorgende Gemeinschaften mit ihren ambulant betreuten Wohngemeinschaften in geteilter Verantwortung bieten als Orte gemeinschaftlicher häuslicher Pflege genau das: sie sind Pioniere einer dringend benötigten neuen Pflegekultur.

- Sie sind getragen von Akteuren aus der Zivilgesellschaft und den Kommunen
- Sie werden von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen im Vergleich zu stationären Einrichtungen deutlich präferiert.
- Sie sind gut vernetzt und eingebettet in Dorfgemeinschaften und Quartieren
- Sie werden als guter Arbeitsort von Pflegefachkräften und Alltagsassistent:innen geschätzt.
- Sie stehen mit ihrer Familienorientierung, ihrem zivilgesellschaftlichen Ansatz und ihren Mitgestaltungsrechten auch in der Fachwelt für eine neue Sorgeskultur und befördern die längst notwendige Demokratisierung in der Pflege
- Sie aktivieren durch Ihre Attraktivität neue Arbeitskräfte in einem Arbeitsumfeld, das sie aktiv und sinngebend mitgestalten können

Rund 3700 Wohngemeinschaften sind bis dato entstanden.

50 Millionen Euro sollen für quaternah Wohnformen zur Verfügung gestellt werden. Dies wird bei weitem nicht ausreichen.

Nun ist aber Unglaubliches passiert: die Politik nimmt billigend in Kauf, dass diese zukunftsweisende Entwicklung unter Verkennung ihrer Potenziale stoppt.

„Zeitenwende ins Aus“ für ambulant betreute Wohngemeinschaften

Bereits das in Krafttreten des GVWG zum 1.1.2022 markierte eine Zäsur. Und mit dem vorliegenden Referentenentwurf zum „Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz“, PUEG, wird die durch das GVWG ausgelöste existenzgefährdende Bedrohung der Wohngemeinschaften in keiner Weise korrigiert. Erneut finden ambulant betreute Wohngemeinschaften keinerlei Berücksichtigung.

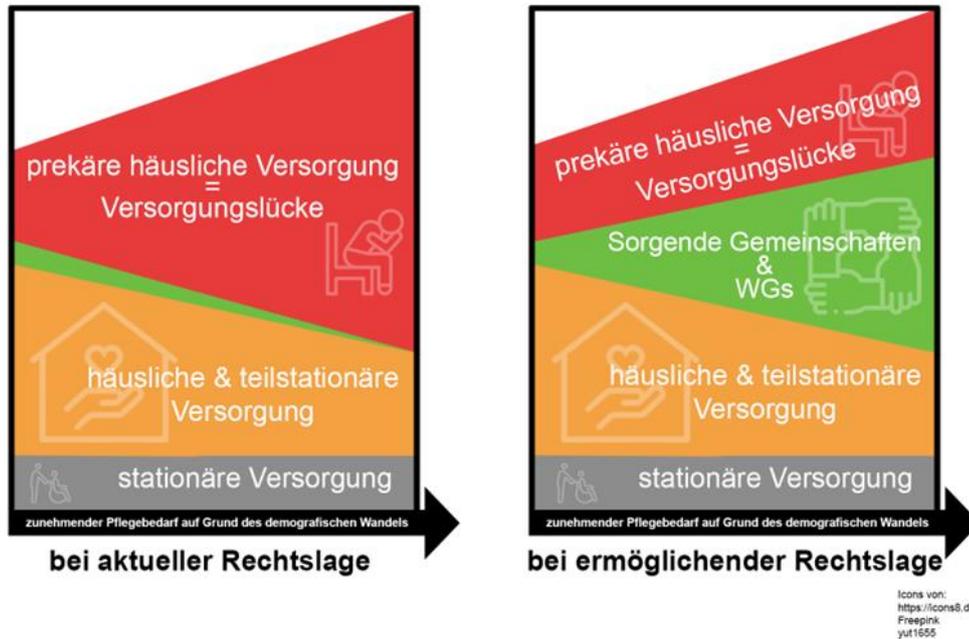
Dies wird drastische Auswirkungen auf Bestand und Weiterentwicklung von Wohngemeinschaften haben. Neue Projekte werden gestoppt, bestehenden Wohngemeinschaften droht die Schließung. Sie sind finanziell nicht mehr konkurrenzfähig und ein Großteil der Menschen wird sich diese Wohnform nicht mehr leisten können.

Bereits heute wird von Sozialhilfeträgern die Sozialhilfefähigkeit von Wohngemeinschaften mit Verweis auf die Leistungszuschläge im stationären Bereich in Frage gestellt.

Mit der Gewährung von Leistungszuschlägen in der stationären Pflege wird der drohende Pflegekollaps nicht einmal ansatzweise verhindert werden. Die häusliche Pflege gerät weiter unter zunehmenden Druck, weil sich für prekäre Betreuungssituationen oft keine außerhäuslichen Auswege mehr finden lassen werden. Überlastungssituationen werden sich häufen. Dies hat tiefgreifende Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Kommunen.

Auch die volkswirtschaftlichen Schäden werden immens sein. Die Chance, das Altenhilfe-System durch einen signifikant bedeutsamen Ausbau von Wohngemeinschaften zu stabilisieren, wird durch die Auswirkungen des GVWG zu nichte gemacht.

Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG)



Ambulant betreute Wohngemeinschaften dürfen nicht zum Verlierer der aktuellen Pflegepolitik werden!

Die Landesarbeitsgemeinschaft ambulant betreuter Wohngemeinschaften in Baden-Württemberg, LABEWO, versteht sich als Förderer und Unterstützer von Sorgenden Gemeinschaften. Wohngemeinschaften sind dabei ein zentraler Innovationsbaustein einer dringend benötigten neuen Pflegekultur.

Wenn verhindert werden soll, dass ambulant betreute Wohngemeinschaften mit ihren zukunftsweisenden Konzepten zu Verlierern der Pflegepolitik werden, braucht es eine Ergänzung des Referentenentwurfs mit einer Korrektur des GVWG mit seinen für Wohngemeinschaften existenzbedrohenden Auswirkungen.

Mit freundlichen Grüßen



Clemens Wochner-Luikh
Vorsitzender

Geschäftsführender Vorstand der LABEWO:
Gabriele Beck, Lucia Eitenbichler, Franz Josef Winterhalter, Tania Bayer, Ina Friedmann, Christina Kuhn, Clemens Wochner-Luikh